

Dezernent Wagner erklärte, er sehe die Entwicklung des Jugendamtshaushaltes mit großer Sorge. Die Erhöhung des Umlagesatzes der Jugendamtsumlage im Vergleich zum Vorjahr könne im Groben auf drei Faktoren zurückgeführt werden: sinkende Umlagegrundlagen der acht Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes, den u3 Ausbau und die in Absprache mit den Bürgermeistern eingesetzten freiwilligen Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro für den investiven u3 Ausbau sowie steigende Fallzahlen bei den Familien ersetzenden Hilfen. Letzteres habe die Verwaltung des Kreisjugendamtes transparent gemacht (siehe das Schreiben vom 22.02.2011, versandt mit der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2011). Mit den Bürgermeistern würden in Einzelgesprächen zurzeit gezielt die örtlichen Besonderheiten analysiert und besprochen, mit welchen Maßnahmen der Kostenentwicklung gegengesteuert werden könne. Die präventiven Maßnahmen, die das Kreisjugendamt eingerichtet habe, seien wertvoll und hilfreich, dennoch könne man sich der steigenden Fallzahlen nicht erwehren. Das Jugendamt sei das letzte Glied in der Kette und letztlich dem Wächteramt gesetzlich verpflichtet. Nach der Entwicklung in den ersten fünf Monaten müssten zum Ansatz im Entwurf des Jugendamtshaushaltes rund zwei Mio. Euro mehr an Transferaufwendungen eingerechnet werden. Ein Silberstreifen am Horizont könne sich dann zeigen, wenn die Erstattung des Landes für den u3 Ausbau, wozu das Land durch das Konnexitätsurteil verpflichtet sei, endlich geleistet werde. Die Verwaltung erwarte eine Erstattung in Höhe von mehreren Mio. Euro, wobei jedoch heute über den Zeitpunkt und die tatsächliche Höhe der Erstattung keine Erkenntnisse vorliegen. Im Entwurf des Haushalts sei noch nichts eingerechnet, so dass sich die Höhe des Umlagesatzes für die Jugendamtsumlage positiv verändern werde, wenn das Land seiner Verpflichtung nachkomme.

Abg. Männig erklärte für die SPD-Kreistagsfraktion, man wolle erst Klarheit wegen der Finanzierung haben und hoffe, wie von der Verwaltung geäußert, dass die Informationen zum erwarteten Belastungsausgleich aus dem Konnexitätsurteil bis zur Sitzung des Finanzausschusses vorliegen werden. Daher werde sich die SPD heute bei der Beschlussfassung zum Jugendamtshaushalt enthalten.

Abg. Donie, Abg. Deussen-Dopstadt und **Abg. Frohnhöfer** erklärten für Ihre Fraktionen die Zustimmung. Sachlich habe man heute die Einzelbeschlüsse mitgetragen, die allgemeinen Steigerungen bei den Transferaufwendungen entzögen sich jedoch der Einflussnahme des Jugendhilfeausschusses.

Zunächst wurden die haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte 6.2 bis 6.6.4 behandelt. Insoweit wird auf die Einzelbeschlüsse verwiesen. Abschließend stimmte der Ausschuss über den Gesamthaushalt 2011/2012 des Kreisjugendamtes ab.